

Bundesbehörden in Ostdeutschland fehlt Personal



Wie mdr und rbb berichten, stockt der Aufbau von Bundesbehörden in Ostdeutschland unter anderem wegen des Personalmangels. Wie eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums mitteilte, konnte rund ein Viertel der etwa 8.570 geplanten Jobs in den fünf ostdeutschen Bundesländern bis Ende 2022 nicht besetzt werden. 6.340 Stellen wurden demnach vergeben.

Seit 2019 sind mehr als 30 neue Institutionen, Ableger oder Dienststellen in Thüringen, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern dazugekommen. Darunter sind zum Beispiel etliche Ableger des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt sowie Dienststellen von Behörden wie der Bundesnetzagentur, des Bundesverwaltungsamtes oder dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Hintergrund ist, dass der Bund mehr eigene Behörden und Einrichtungen im Osten ansiedeln und so auch für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen will.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, sagte dem RBB: "Es wäre klug gewesen, früher noch mehr solche Bundesbehörden anzusiedeln. Das ist jetzt eine Korrektur, die spät kommt. Aber ich hoffe nicht zu spät."

Um Leute aus unter anderem westdeutschen Städten anzulocken, sei Offenheit und eine soziale Infrastruktur nötig, sagte Schneider weiter. Der Bund stelle gerade viele Mittel für den Strukturwandel bereit. "Jetzt müssen nur noch die Menschen kommen", sagte der Ostbeauftragte im Gespräch mit dem RBB.